

Laufendes Protokoll Nr.: 01	Protokoll vom: 18.01.2024 Ort: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64 14469 Potsdam Zeit: 18:00 – 20:30 Uhr																																							
Anlass: 01. Sitzung des Potsdamer Beteiligungsrates 2024																																								
<p>Anwesende:</p> <table border="0"> <tr> <td data-bbox="244 443 408 472"><u>Bürger/innen:</u></td> <td data-bbox="679 443 820 472"><u>Verwaltung:</u></td> <td data-bbox="1059 443 1118 472"><u>SVV:</u></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 479 480 508">Dr. Sabine Albrecht</td> <td data-bbox="679 479 847 508">Nadine Neidel</td> <td data-bbox="1059 479 1214 508">Uwe Fröhlich</td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 515 475 544">Dr. Reinhart Binder</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 551 392 580">Daniel Frieß</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 586 595 616">Freda von Heyden-Hendricks</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 622 432 651">Christine Jonas</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 658 440 687">Dr. Antje Jordan</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 694 507 723">Prof. Dr. Heinz Kleger</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 730 379 759">Antje Knorr</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 766 464 795">Günter zur Nieden</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 801 419 831">Kay Oberstädt</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 837 448 866">Anke Samuelson</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 873 435 902">Franziska Wilke</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Gäste:</u> . <u>Moderation:</u> Nicolas Bach (nexus Institut)</p> <p>Juliane Arasin, LHP, Referentin im Büro der Oberbürgermeisters</p> <p>Babette Thron, Studentin</p> <p>André Mazloumian, LHP, WerkStadt für Beteiligung (WfB)</p> <p>Thomas Geisler, mitMachen e. V., WerkStadt für Beteiligung (WfB)</p>		<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>	Dr. Sabine Albrecht	Nadine Neidel	Uwe Fröhlich	Dr. Reinhart Binder			Daniel Frieß			Freda von Heyden-Hendricks			Christine Jonas			Dr. Antje Jordan			Prof. Dr. Heinz Kleger			Antje Knorr			Günter zur Nieden			Kay Oberstädt			Anke Samuelson			Franziska Wilke		
<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>																																						
Dr. Sabine Albrecht	Nadine Neidel	Uwe Fröhlich																																						
Dr. Reinhart Binder																																								
Daniel Frieß																																								
Freda von Heyden-Hendricks																																								
Christine Jonas																																								
Dr. Antje Jordan																																								
Prof. Dr. Heinz Kleger																																								
Antje Knorr																																								
Günter zur Nieden																																								
Kay Oberstädt																																								
Anke Samuelson																																								
Franziska Wilke																																								
<p>Abwesende (e = entschuldigt):</p> <p>Andrey Babeyko (e), Stefanie Buhr, (e), Nico Marquardt (e), Julius Stahlberg</p>																																								
<p>TOP</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüßung 2. Austausch mit Frau Arasin 3. Aktuelles – Bericht aus den AGs und von anderen Aktivitäten 4. Sonstiges 5. Organisatorisches 																																								
<p>Anhänge</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Fragen an Frau Arasin b. Bericht im Ausschuss PTD c. Stellungnahme für den Bauausschuss d. Schreiben von Herrn Wolfram zum weiteren Vorgehen Pirschheide e. Prozessmonitor 																																								

1 Begrüßung; TOPs

Herr Bach eröffnet die Sitzung des Beteiligungsrates (BR), begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste und stellt die Tagesordnung vor, die von den anwesenden Mitgliedern angenommen wird.

Herr Bach weist auf die neue Struktur der Tagesordnung hin. Unter dem TOP Aktuelles ist der TOP Sonstiges ergänzt worden, in dem Aktivitäten des BR aufgelistet sind, zu denen es keinen akuten Gesprächsbedarf gibt. Im TOP Aktuelles verbleiben die Aktivitäten, die in der Sitzung besprochen werden sollen.

2 Austausch mit Frau Arasin

Frau Arasin nimmt an der Sitzung des BR teil, um insbesondere auf die angedachte Einführung von Bürgerräten in Potsdam einzugehen.

Frau Arasin ist Referentin im Büro der Oberbürgermeisters. Sie ist zuständig für die Themen Ehrenamt, Bürgerbeteiligung sowie Dialog mit dem Oberbürgermeister und ist Ansprechpartnerin für die Ortsbeiräte. Der Oberbürgermeister hätte vom BR gerne eine Einschätzung zur Einführung von Bürgerräten in Potsdam. Dies wird als Teil der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Potsdam gesehen. Hier gilt insbesondere zu klären, ob Bürgerräte eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Leistungsangebots sind und wie sie in die bestehenden Strukturen eingebettet werden können.

Darüber hinaus wird in 2024 eine Bürgerbeteiligungsplattform eingerichtet, die die Online-Beteiligungsmöglichkeiten in Potsdam zu erweitern soll.

Fragen / Anmerkungen des BR	Antwort von Frau Arasin
Die Einrichtung von Bürgerräten läuft parallel zu der Einrichtung von Stadtteilräten, die ja derzeit angedacht sind. Das wäre also eine weitere Ergänzung der Beteiligungsmöglichkeiten in Potsdam?	Genau! Es gibt bereits einige Beiräte sowie die Ortsbeiräte. Mit den angedachten Stadtteilräte sollen parallele zu den Ortsbeiräte ähnliche Strukturen in den anderen Stadtteilen geschaffen werden. Es wird aktuell überlegt, wie die Einbindung der Ortsbeiräte und ggf. auch Stadtteilräte in die Gremienarbeit der LHP erfolgen kann, um dadurch eine ständige Vertretung der Bürgerschaft sicherzustellen. Die Bürgerräte sind thematisch ausgerichtet und haben deshalb einen anderen Fokus. Eine spannende Frage ist, wie sich Bürgerräte und Ortsbeiräte / Stadtteilräte ergänzen können.
Es gibt in Potsdam eine große Menge von verschiedenen und sehr heterogenen Beiräten. Jetzt sollen weitere Stadtteilräte eingesetzt werden. Demokratietheoretisch sind Stadtteilräte und Ortsbeiräte etwas anderes als andere Beiräte, weil sie gewählt sind und damit ein öffentliches Mandat haben. Die Ergebnisse auch der neu	

<p>gegründeten Räte müssen in der SVV besprochen werden, die allerdings jetzt schon überlastet ist. Es ist also unklar, wie sie auch noch die Bearbeitung von weiteren Anfragen / Aufgaben übernehmen soll. Es muss deshalb aufgepasst werden, dass die Bürgerbeteiligung nicht zu einem „Mitmach-Theater“ verkommt. Deshalb ist die Einbettung neuer Formen der Beteiligung besonders wichtig.</p>	
<p>Wie soll das Verhältnis des BR zu zukünftigen Bürgerräten aussehen?</p>	<p>Diese Frage stellt sich das Büro des OBM auch. Wenn der BR die Einrichtung von Bürgerräten für sinnvoll erachtet, kann man sich gemeinsam überlegen, wie sie in die bestehende Beteiligungslandschaft eingebettet werden können und welche Aufgabe die verschiedenen Räte übernehmen sollen. Eine denkbare Möglichkeit ist zum Beispiel, dass der BR Bürgerräte einberufen kann. Oder es wird möglich, über die neue Online-Beteiligungsplattform per Abstimmung einen Bürgerrat einzuberufen, der dann vom BR geprüft würde. Bei einem positiven Bescheid ginge dann ein Auftrag zur Durchführung an die Verwaltung. All diese Aktivitäten sollen zusätzlich mit dem neuen PotsdamLab verschränkt werden, um neue agile Methoden zu berücksichtigen. Darüber hinaus soll auch die Wissenschaft (RIFS) eingebunden werden. Bisher sind wir aber noch sehr offen.</p> <p>Der Vorteil von Bürgerräten gegenüber anderen Räten ist, dass durch das Losverfahren andere Bevölkerungsteile erreicht und aktiviert werden können. Dadurch wird verhindert, dass immer nur die gleichen Personen teilnehmen, wie es derzeit oftmals der Fall ist.</p> <p>Grundsätzlich muss sehr gut überlegt werden, zu welchen Themen Bürgerräte eingesetzt werden sollen.</p> <p>Die Einführung von Stadtteilräten ist noch nicht beschlossen, sondern wird derzeit in den politischen Gremien und der SVV diskutiert.</p>

<p>Wie werden Bürgerräte installiert? Derzeit gibt es nur einen vagen Überblick über die Beiräte und andere Gremien, die sich mit dem Thema Beteiligung auseinandersetzen. Es wurde in der Vergangenheit vom BR angemahnt, dass eine Übersicht über die Akteur:innen und Gremien, die in den Bereichen Bauen, Klima, Soziales etc. aktiv sind, sinnvoll und wichtig wäre. Zusätzlich wäre es wichtig zu wissen, welche davon direkt mit den Gremien der SVV verbunden sind? Die Idee, das PotsdamLab einzubeziehen ist gut.</p> <p>Die Stadtverordneten sind laut Brandenburgischer Kommunalverfassung die Kontrolleure der Verwaltung und können darüber hinaus noch Anträge etc. stellen. Die eigentliche Aufgabe ist jedoch die Kontrolle.</p> <p>Bürgerräte haben in der Regel eine:n Vorsitzende:n. Dies sollte ein:e Vertreter:in des Parlamentes oder der Gemeindevertretung sein. Die Verortung eines Bürgerrats ist deshalb sehr wichtig und muss geklärt werden, da sie dem Gremium Legitimation gibt. Das stellt sicher, dass das Gremium ernst genommen wird.</p>	
<p>Es wäre natürlich großartig, wenn der BR einen Bürgerrat einberufen könnte. Diese Aufgabe übernimmt der BR natürlich gerne. Allerdings muss dann geklärt werden, auf welche Art und Weise dies erfolgen kann.</p>	<p>Das sind alles Detailfragen, die noch ausgearbeitet werden müssten. Vorstellbar ist, dass dem BR ein Vorschlagsrecht für Bürgerräte eingeräumt wird. Der genaue Weg muss jedoch noch entwickelt werden.</p>
<p>Im November 2022 gab es eine Versammlung, in der es um digitale Beteiligung ging, zu der auch der OBM eingeladen war. Darin äußerte sich der OBM dahingehend, dass die Bürger:innen und andere Gremien durchaus Vorschläge einbringen können, die Entscheidung jedoch von den Stadtverordneten getroffen werden. Es fehlt jedoch die Brücke, die deutlich macht, wie aus den Vorschlägen der Öffentlichkeit am Ende Entscheidungen werden.</p>	<p>Die Meinung der Bürger:innen wird vom OBM sehr ernst genommen. Die Online-Plattform wird gerade erst erstellt. In dem Zusammenhang muss auch geklärt werden, wie die Wirksamkeit der Beteiligung erhöht und sichergestellt werden kann, dass Ergebnisse umgesetzt werden. Teilweise ist die Umsetzung jedoch recht langwierig und deshalb für die Bürger:innen nicht so leicht nachzuvollziehen. Wie in diesem Feld Transparenz hergestellt werden kann, muss noch geklärt werden.</p> <p>Es ist allerdings so, dass die SVV die letztendlichen Entscheidungen trifft und die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt.</p>

	<p>Ein Bürgerrat kann Empfehlungen entwickeln, die jedoch unverbindlich sind. Die Empfehlungen gehen dann in die SVV, die auf Grundlage der Empfehlungen verbindliche Entscheidungen treffen kann.</p>
<p>Die Frage des Ernstnehmens der Beteiligung hängt mit mehreren Punkten zusammen: Wie erfolgt die Rekrutierung der Teilnehmenden? Passiert das ausschließlich über eine Zufallsauswahl oder gibt es ein gemischtes Vorgehen, in dem zusätzlich auch andere Methoden der Teilnehmendenrekrutierung genutzt werden? Wie wird die Kompetenz der Mitglieder der Bürgerräte sichergestellt? Müssen die teilnehmenden Bürger:innen die notwendigen Kompetenzen bereits mitbringen oder gibt es vorbereitende Schulungen durch Expert:innen? Und wie wird der Einfluss der Bürgerräte auf die Politik sichergestellt, auch über eine Legislaturperiode hinaus?</p>	<p>Das sind Knackpunkte, über die wir gemeinsam nachdenken und Entscheidungen finden müssen. Gerade die Frage der Herstellung von Kompetenzen ist eine Frage, die unbedingt besprochen werden muss. In dem Zusammenhang ist es wichtig, für jeden Bürgerrat zu klären, welcher Entscheidungsspielraum besteht, um gezielt die richtigen Fragen zu stellen und die dafür notwendigen Informationen zu vermitteln. An manchen Stellen können Fragestellungen jedoch aufgrund rechtlicher Vorgaben nicht sinnvoll den Bürger:innen gestellt werden.</p> <p>Das sind alles wichtige Fragen, zu denen sich der BR gerne in seiner Stellungnahmen äußern kann.</p> <p>Erst einmal möchte der OBM aber die Einschätzung des BR, ob Bürgerräte eine gute Ergänzung der bestehenden Beteiligungswerkzeuge sind.</p>
<p>Die Themen für einen Bürgerrat können entweder top-down (aus Verwaltung / Politik kommend) oder bottom-up (aus der Stadtgesellschaft) gesetzt werden. Für letzteres Vorgehen bilden auch die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt eine gute Grundlage. Dort gibt es Themen, die immer wieder genannt werden und somit relevant zu sein scheinen. Je nach Thema machen beide Wege Sinn.</p> <p>Bezüglich der Entscheidungsmacht ist es auch denkbar, dass die SVV bestimmte Entscheidungskompetenzen an ein Gremium abtritt.</p>	<p>Es muss geklärt werden, ob die Entscheidungsmacht der SVV für ein bestimmtes Thema an ein Gremium übertragen werden kann. Es ist auf alle Fälle ein spannendes Thema, das weiter besprochen werden sollte.</p>
<p>Wie lange besteht ein Bürgerrat? Nur für das eine Thema oder auch darüber hinaus?</p>	<p>Ein Bürgerrat besteht für einen begrenzten Zeitraum nur für ein Thema. Das können zum Beispiel 3-4 Wochenenden sein.</p>
<p>Ist es richtig, dass der OBM noch sehr offen in die Fragen, ob und wie ein Bürgerrat eingeführt bzw. ausgestaltet werden soll, reingeht?</p>	<p>Ja, es gibt bisher noch kein Konzept. Der erste Schritt soll der Austausch mit dem BR sein. Der OBM und sein Büro ist also noch für Vieles offen.</p>

<p>Die Moderation, die Einbindung externer Expertise und des PotsdamLabs sowie weitere organisatorische Notwendigkeit (Koordinationsstelle für einen Bürgerrat) sind recht kostspielig. Da kommen sehr schnell höhere Summen zusammen. Ein guter Bürgerrat braucht aber diese Ressourcen, damit er gut funktioniert.</p>	<p>Das ist richtig. Wie bereits erwähnt, befindet sich das Thema noch ganz am Anfang, sodass noch keine finanziellen Schätzungen vorliegen. Bei einer Vorlage in die SVV müssen auch die finanziellen Auswirkungen beschrieben werden. Es muss dann geschaut werden, ob die SVV die Mittel beschließt. An den Beschluss sind wir gebunden.</p>
<p>Anmerkung der Moderation: Die Erfahrung zeigt, dass ohne eine ausreichende Finanzierung von der Durchführung eines Bürgerrats abzuraten ist.</p>	
<p>Die Möglichkeit, ad hoc Bürgerräte einzuberufen, ist ein wichtiger Punkt. Es gibt in Potsdam immer wieder konfliktäre Themen, in denen es schwer ist, zu einer Lösung zu kommen. Für diese Themen könnten Bürgerräte das geeignete Mittel sein. Dann spielt natürlich die Auswahl der Teilnehmenden eine wichtige Rolle, um die Perspektive möglichst verschiedener Bevölkerungsgruppen berücksichtigen zu können.</p>	<p>Ja, ein positiver Aspekt eines Bürgerrats ist, dass mit ihm die Stadtmeinung eingeholt werden kann. Das sind wichtige Informationen und Perspektiven, auch für die SVV.</p>
<p>Auch die Verwaltung müsste sich mit der Einführung eines Bürgerrats ändern: Es müsste Schnittstellen zu dem Bürger:innen eingerichtet werden, die den Umgang mit den Ergebnissen eines Bürgerrats transparent machen und die Umsetzung ermöglichen. Es sollte unbedingt vermieden werden, dass ein guter Bürgerratsprozess durchgeführt wird und die Verwaltung am Ende nicht weiß, wie sie mit den Ergebnisse umgehen soll.</p> <p>Die Angehörigen der Fachverwaltungen sehen Bürgerbeteiligung oftmals als Mehrarbeit. Diese Einstellung muss sich für eine erfolgreiche Einführung von Bürgerräten ändern. Hier muss eine neue Kultur heranwachsen.</p> <p>Deutschland ist eine Grundrechte-Demokratie: Es muss klar sein, dass Beteiligung und ihre Ergebnisse nicht gegen die Grundrechte anderer Menschen verstoßen dürfen. Das ist eine harte Grenze der Beteiligung.</p>	<p>Ja, das ist ein sehr wichtiger Hinweis. Es ist wichtig, dass bei solchen Prozessen von Beginn an klar ist, wie der Handlungsspielraum ist und welche Empfehlungen benötigt werden, um nicht falsche Erwartungen zu wecken. Das beinhaltet auch das aufzeigen der bestehenden Grenzen.</p>

<p>Ist vorgesehen, dass die Teilnehmenden des Bürgerrats eine Aufwandsentschädigung vorgesehen ist? Das sollte unbedingt erfolgen und möglichst in der Gemeindeverfassung verankert werden.</p>	
<p>Aufwandsentschädigungen und die Betreuung von Kindern und Angehörigen ist eine wichtige Voraussetzung, dass viele Menschen überhaupt die Möglichkeit haben, an Beteiligung teilzunehmen. Das haben auch die Erfahrungen insbesondere im Schlaatz gezeigt, wo entsprechende Strukturen aufgebaut worden sind.</p>	
<p>Aus dem Fragekatalog: Gibt es bereits einen Erfahrungsaustausch mit anderen Städten?</p>	<p>Einen Austausch mit anderen Städten gibt es noch nicht. Sollte aber der Auftrag zur Einführung von Bürgerräten in Potsdam kommen, wird ein Erfahrungsaustausch mit anderen Städten und auch dem RIFS eingeleitet.</p>
<p>Ist es vorgesehen, die Arbeit von Bürgerräten in Verbindung mit direktdemokratischen Verfahren zu setzen?</p>	<p>Es ist unklar, ob man das ohne Weiteres miteinander verknüpfen kann, weil dabei gesetzliche Bestimmung beachtet werden müssen. Das kann die Verwaltung nicht entscheiden, sondern nur die SVV. Es ist nicht klar, wie viel Macht einem Gremium, das zufällig zusammengesetzt ist, übertragen werden kann.</p>
<p>Dennoch ist es wichtig, dass die Ergebnisse eines Bürgerrats eine gewisse Verbindlichkeit haben, sodass sie von der SVV nicht so einfach ignoriert werden können.</p>	
<p>Wie geht es mit den Ortsbeiräten weiter? Bisher hat sich grundsätzlich nicht viel geändert.</p>	<p>Die Ortsbeiräte sind ein sehr intensive Thema, an dem schon lange gearbeitet wird. Die Einführung von Stadtteilräten ist unter anderem ein Ergebnis dieses Prozesses. Es wird daran gearbeitet, wie der Umgang miteinander verbessert werden kann.</p> <p>In dem Prozess ist unter anderem erarbeitet worden, welche Möglichkeiten der Einflussnahme Ortsbeiräte haben, wie sie Anträge stellen und welche Formblätter sie nutzen müssen. Das ist wichtig, um den teilweise nicht so klaren Kern der Zusammenarbeit genauer zu beschreiben.</p>

	<p>Der Prozess soll dazu beitragen, dass alle Parteien (Politik, Verwaltung, Ortsbeiräte) ein gemeinsames Verständnis für die Zusammenarbeit erhalten und sich ein größeres Verständnis füreinander entwickelt.</p> <p>Der BR soll bitte weiterhin Ideen und seine Perspektiven in den Prozess einbringen.</p>
--	--

Frau Albrecht weist darauf hin, dass demnächst ein Buch zur Durchführung von Bürgerräten herausgegeben wird. Mehr Demokratie e.V. hat dieses Handbuch in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) der Bergischen Universität Wuppertal und dem Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) herausgegeben. Titel: „Kommunale Bürgerräte organisieren“ - es soll zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure unterstützen. Begleitend gibt es vier online-Sessions, die erste war am 6.2. (läßt sich online abrufen), die nächsten Termine sind der 27.2., 12.3. und 26.3., jeweils von 18-19 Uhr. In diesen Sessions werden die einzelnen Schritte und Erfordernisse zur Organisation von Bürgerräten erläutert.

Weitere Informationen finden sich hier: <https://www.mehr-demokratie.de/mehr-bewegen/veranstaltungen/einzelansicht/kommunale-buergerraete-organisieren-initiierung-und-zielerklaerung-5796>Aktuelles

2.1 Potsdam bekennt Farbe

Herr Fröhlich berichtet über die Aktivitäten des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“. Im Bündnis sind ca. 60 Organisationen vereint. Das Bündnis ist nach dem Bekanntwerden des Geheimtreffens, das im Waldhotel Adlon stattgefunden hat, sehr schnell aktiv geworden und auf den OBM zugegangen. Innerhalb von drei Tagen wurden 10.000 Menschen mobilisiert. Es geht nicht nur um die Frage des Verbots der AfD, sondern mittel- bis langfristig um den Umgang mit der AfD und ihren Sympathisant:innen. Alle Redner:innen haben auf der Kundgebung sehr gute und passende Reden gehalten. Es ist schön zu sehen, dass der Protest auch in fast 100 anderen deutschen Städten stattfindet und dadurch ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs angestoßen wurde.

Das Bündnis überlegt nun, welche Formate genutzt werden können, um die Stadtgesellschaft aktiv in den Diskurs über den Umgang mit der AfD einzubinden und wie man den menschenverachtenden und undemokratischen Ideen, die auf dem Geheimtreffen geäußert wurden, mit demokratischen Mitteln entgegentreten kann. Angedacht ist zum Beispiel einmal im Monat ein offenes Mikrofon an der Nikolaikirche anzubieten. Darüber hinaus sind auch weitere Demonstrationen im Frühjahr geplant. Aufklärung spielt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle, um besser zu verstehen, was die Politik der AfD und ähnlicher politischer Bewegungen bedeutet.

Der BR sollte sich überlegen, ob und wie er sich in die weiteren Aktionen des Bündnisses einbringen möchte.

Anmerkungen der Mitglieder des BR:

- Eine dauerhafte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen und Ideen der AfD (Parteiprogramm) muss unbedingt erfolgen. Ein Verbot könnte sogar zu einer zusätzlichen Stärkung der AfD führen.

- Es war spannend zu sehen, dass auf der Kundgebung die Sprecherin des Migrantenbeirats Fereshta Hussain gesprochen hat, die selbst von der angedachten Politik der AfD betroffen wäre. Eigentlich sollte auch der BR eine klare Stellungnahme abgeben, da er für die demokratische Kultur in Potsdam zuständig ist und deshalb undemokratisches Vorgehen kritisieren kann. In diesem Feld könnte der BR aktiv werden.
- Mit den bevorstehenden Wahlen könnte der BR Argumente entwickeln, warum es wichtig ist, demokratische Parteien zu wählen. Darüber hinaus wäre es interessant herauszufinden, warum insbesondere junge Menschen die AfD unterstützen. Dann könnten gezielt Argumente gefunden werden, die diese Zielgruppe ansprechen.

2.2 Umgang mit Anfragen außerhalb der Zuständigkeit des BR

Es gab eine Anfrage einer Bürgerin zur Einführung eines Sozialpasses in Potsdam. Für diese Anfrage ist der BR eigentlich nicht zuständig. Interessant ist, dass die Anfrage von der Potsdamer Verwaltung an den BR weitergeleitet wurde. Das macht deutlich, dass dort nicht klar ist, für welche Themen der BR zuständig ist. Hier sollte weitere Aufklärung stattfinden.

Der Maerker ist auch nicht die richtige Plattform für solche Anregungen, da er nur für möglichst konkrete Beschwerde („Hier ist Sperrmüll der weg soll“) angelegt ist. Für konstruktive, neue Anregungen und Ideen, die eventuell auch fachbereichsübergreifend sind, ist er nicht geschaffen. Hierfür gibt es derzeit in Potsdam kein Verfahren. Mit der Beteiligungsplattform soll auch die Möglichkeit für ein Ideenmanagement eingeführt werden. Die Verfahren für den Umgang mit diesen Ideen in der Verwaltung müssen allerdings noch entwickelt werden.

Ähnliche Anfragen könnten zukünftig auch mit einem Verweis auf den Bürgerhaushalt beantwortet werden.

Frau Wilke wird sich sowohl mit der Mitarbeiterin aus der Verwaltung als auch der Bürgerin in Verbindung setzen, um über Zuständigkeiten des BR und einen denkbaren Umgang mit der konkreten Idee zu sprechen.

2.3 Bericht aus dem Ausschuss PTD

Es gab zwei Punkte, die für den BR interessant sein könnten:

- Bürgerbeteiligung durch Wässerung von Bäumen nach Straßenabschnitten / Baumpflege durch die Bürgerschaft. Es geht dabei um die Entwicklung eines Konzepts für die Einbindung der Bürgerschaft insbesondere in den heißen Sommermonaten besser in die Baumpflege. Dies wäre ein Thema, mit dem sich der BR beschäftigen könnte.
- Der neue Webauftritt Potsdams

Frau Jordan hat im Ausschuss von den Aktivitäten des BR in 2023 berichtet und dabei insbesondere die Umsetzung der mobilen Beteiligung in Potsdam gewürdigt, die auf Vorschlag des BR erfolgte. Erfreulich ist, dass Herr Jetschmanegg die Arbeit des BR sehr gelobt hat.

Der BR sollte überlegen, ob er den Prozess der Wasserpatenschaften in Potsdam mit begleiten möchte. Wenn dies der Fall ist, sollten Herr Schmäh und ggf. Herr Schley vom Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen eingeladen werden, um weitere Informationen zu dem Thema einzuholen. Klar ist, dass es viel Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnenarbeit braucht, um die Patenschaften bekannt und attraktiv zu machen.

Das Thema wurde bereits im Zusammenhang mit der Smart City Strategie im BR besprochen. Herr Frieß hat es zusammen mit einem Schulträger weitergedacht und es wurde die Idee entwickelt, dass Schulen gegebenenfalls im Umkreis von 200-500 Metern solche

Patenschaften übernehmen könnten. Das Thema würde damit Teil des Schulunterrichts und dadurch breit in die Gesellschaft getragen. Auch der Bau von benötigten Sensoren könnte in den Schulen als Teil des Unterrichts erfolgen. Wenn die Verbindung zur Smart City Strategie ebenfalls näher betrachtet werden soll, kann auch Herr Keppler eingeladen werden.

2.4 Bericht aus dem Bauausschuss

Frau Albrecht und Herr zur Nieden haben an der Sitzung des Bauausschusses teilgenommen und hatten das Rederecht erhalten. Herr zur Nieden hat eine Stellungnahme des BR zum Vorhaben Pirschheide im Bauausschuss vorgetragen. Das Vorhaben wird vom Ausschuss derzeit nicht vorrangig behandelt, da nach wie vor unklar ist, ob das Land Brandenburg die notwendigen Flächen an die Stadt Potsdam verkauft. Die frühzeitige Beteiligung ist bei den Mitgliedern des Bauausschusses auf Wohlwollen gestoßen, kann unter den aktuellen Umständen jedoch nicht weiterverfolgt werden. Herr Wolfram ist aber grundsätzlich an dem Vorgehen interessiert und wird in ähnlicher Weise in Marquardt bei der Erschließung eines Gebiets verfolgt.

Darüber hinaus ist unklar, ob das Vorhaben Pirschheide weiterverfolgt wird, da sich das Wachstum Potsdam abschwächt. Herr Wolfram meldet sich beim BR wenn ein Neustart des Vorhabens absehbar ist.

Herr zur Nieden und Frau Albrecht werden vorerst nicht zu weiteren Sitzungen des Bauausschusses gehen, außer wenn interessante Themen auf der Tagesordnung stehen. Die AG Bauausschuss sollte deshalb regelmäßig die Themen sichten.

3 Organisatorisches

3.1 Nächster Sitzungstermine in 2024

Folgende Termine:

Donnerstag, 22.02.2024

Donnerstag, 21.03.2024

Donnerstag, 18.04.2024

Donnerstag, 16.05.2024

Die Termin für Juni und Juli werden nachgeliefert. Aufgrund der Ferien wird in 2024 der August als Ferienzeit frei sein.

In der nächsten Sitzung wird die Stellungnahme zur möglichen Einführung von Bürgerräten in Potsdam besprochen. Hierfür werden mögliche Punkte für die Stellungnahme besprochen und es wird entschieden, welche Teile aufgenommen werden. Eine Vorbereitungsgruppe bestehend aus Herrn Kleger und Frau Samuelson werden die Ergebnisse aus dieser Sitzung dafür aufbereiten.

3.2 Weitere Themen für kommende Sitzungen

- Statement zur möglichen Einführung von Bürgerräten in Potsdam (Februar Sitzung)
- Wie bringt sich der BR in die Aktionen des Bündnisses Potsdam bekennt Farbe ein? (März Sitzung)
- Wasserpatenschaften für Bäume
- AG Smart City: Vorstellung der Umfrageergebnisse
- Jörg Leben: Aktueller Stand des Projekts zur autoarmen Innenstadt Potsdam (Juni / Juli 2024)

Anhang

Fragen an Frau Arasin

1. Welchen Mehrwert durch die Einrichtung von Bürgerräten erhofft sich OBM ggü. der bisherigen Struktur der Bürgerbeteiligung in Potsdam?
2. In welchem Verhältnis zum Beteiligungsrat sieht der OBM künftige Bürgerräteat?
3. Welche Relevanz sollen nach Ansicht des OBM die Themen/Anlässe haben, die die Einrichtung eines Bürgerrats veranlassen, und anhand welcher Kriterien wären diese Relevanz zu bemessen?
4. Kann sich der OBM vorstellen, einen Bürgerrat auch auf Initiative des Beteiligungsrats oder sogar aus der Einwohnerschaft einzurichten? Wenn ja: unter welchen Voraussetzungen?
5. Sollte es nach Auffassung des OBM ein allgemeines Regelwerk und/oder einen organisatorischen Rahmen geben, der für alle Bürgerräte zugrunde zu legen wäre?
6. Wäre es vorstellbar dass das Regelwerk und/oder der organisatorische Rahmen des geplanten Bürgerrats in der Regel mit dem BR abgesprochen wird?
7. Liegen dem OBM Erkenntnisse darüber vor, ob und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis andere Stadt (vergleichbarer Größenordnung) bereits Bürgerräte eingerichtet haben; gibt es zu diesem Thema einen Meinungsaustausch- und Erfahrungsaustausch?



Kontakt

www.beteiligungsrat-potsdam.de

kontakt@beteiligungsrat-potsdam.de

Der Beteiligungsrat 2023

- Aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum Bürgerhaushalt
- Begleitung von Beteiligungsprozessen
 - o Konzept zur autoarmen Innenstadt
 - o Workshops Smart City – Bürgerbeteiligung
 - o Wohnungspolitisches Konzept
 - o Neugestaltung der Kulturpolitischen Leitlinien
 - o Impulspapier „Einführung von KI in der Stadtverwaltung“
 - o Austausch und Anmerkung zur Stärkung der Beiräte in der Brandenburgischen Kommunalverfassung
- Austausch mit Beiräten
 - o Klausurtagung mit Migrantenbeirat, Digitalisierungsrat
 - o Vernetzung und Unterstützung Ortsbeiräte
- Vorschlag für ein neues Planungsverfahren Pirschheide, der bis zum OB und die Fachverwaltung vorgedrungen ist
- Beitrag zur mobilen Beteiligung, mit dem Planungslabor auf dem Marktplatz im Schlaatz

Bauausschuss: Stellungnahme des BR zum Vorhaben Pirschheide

Vorstellung Projekt Vorgezogene Bürgerbeteiligung im Bauausschuss Potsdam 12.12.23 / 16.01.24 für das Quartier Pirschheide

Persönl.Vorstellung: Wer sind wir? :

- BR Mitglieder = S.Albrecht : Naturwiss, G. zur Nieden : Arch + Kunst

Warum gerade jetzt Vorstellung vor dem Bauausschuss?

rechtzeitige Einleitung des Verfahrens nach Vorankündigung
seitens des Stadtplanungsamtes

Was ist der Anlass / Ausgangssituation?

- Begehung des OBM 2020 i.R. Stadtspaziergang;
s.Zt. obsoleter Klötzchen-Entwurf (aus 2018/19)
- hoher Wohnungsbedarf / Erschließung neues Stadtquartier

Was ist die Situation?

- Randlage
- vorzügliche Erschließung (ÖPNV) in alle Richtungen:
stadtbezogen, nach Berlin bzw. Golm
- verkehrsumgebenes Waldstück, hoher Freizeitwert (Wasser)
- Nachbarschaft: Sporteinrichtungen; Kongresshotel; keine
Anwohner

Unser Vorschlag:

- Vorgezogene stadtoffene, qualitative Bürgerbeteiligung zur frühzeitigen
Einbeziehung der Zivilgesellschaft und breiter Expertise
- Vorbeugen vor/von Konflikten

- Vorhandenes Wissen, vorhandene Kreativität aktivieren:
Wissenschaft – Kunst – Kulturszene
- Potentielle Nutzergruppen und Interessengruppen ansprechen + einbeziehen

Was ist vorhanden?

Insek Gutachten
Alt – Planung, forstwirtschaftliche Bestandsdaten

Welche Mittel für die vorzeitige Beteiligung?

Bestandsaufnahmen, Gutachten, Begehungen, Exkursionen, Fachkolloquien,
Kunstaktionen, Stadtforum

Angestrebtes Ergebnis?

Empfehlung für die Entwicklung eines Stadtquartiers an die Stadtöffentlichkeit,
Politik, Verwaltung
- dann Start nach BBauG

Was sind die Voraussetzungen?

- Land überträgt Grundstücke an die Stadt
- Vergabe durch Stadt im **Erbbaurecht** (an Genoss. u. ähnl.)
 - Vorteil:* bessere Durchmischung der Bewohnerschaft,
Sozialwohnungen, Vermeidung von Spekulationsobjekten / von
hochpreisigen Wohnungen

Praktische Fortführung der Bürgerbeteiligung:

Erstellung und Betrieb durch Genossenschaften von / mit den Bürgern

Zukunftsaspekte erfüllen:

- Ökologisches und kostengünstiges Bauen
- Klimaneutralität - Wassermanagement - Hitzemanagement
"Schwammstadt"
- Stoffmanagement
- Ästhetisch ansprechende Architektur und Stadtgestaltung verwirklichen
(keine Kartons!)
- Zukunftsquartier in Arbeiten – Wohnen – Leben – Ausbilden

Schreiben von Herrn Wolfram zum weiteren Vorgehen Pirschheide

Danke für Ihre Ideen und Vorschläge. Wir melden uns bei Ihnen, wenn wir einen „Neustart“ des Projektes absehen können und dann gern gemeinsam überlegen, wie Beteiligung hier stattfinden kann. Wir haben leider bzgl. des Interesses des Landes bisher feststellen müssen, dass das Land v.a. an den Einnahmen interessiert ist und wenig an spannenden Pilotprojekten. Immerhin gab es im letzten Termin Anfang 2023 etwas Bewegung, dass man sich zugunsten von Mietpreis- und Belegungsgebundenem Wohnungsbau auch eine Mitwirkung bzw. Abrücken von Höchstpreisforderungen vorstellen könnte.

Abgesehen von den tatsächlich sehr knappen Kapazitäten im Fachbereich möchte ich noch einen weiteren Punkt (neben den komplizierten naturschutzfachlichen Themen) benennen, der aktuell gegen eine schnelle Entwicklung der Pirschheide spricht. Ich habe das im Ausschuss nicht weiter vertieft, da es ja eigentlich auch „nur“ um unser Arbeitsprogramm für 2024 ging. Aber wir beobachten aktuell aufmerksam die Entwicklung der Wanderungen und der natürlichen Entwicklung – der Geburtenüberschuss ist auch in Potsdam seit 3 Jahren vorbei. Es ist zu erkennen, dass sich das starke Wachstum Potsdams der letzten 20 Jahre abschwächt – und das hat nach unserer Einschätzung nicht (in erster Linie) mit dem knappen Wohnungsmarkt zu tun.

Es ist noch nicht klar, ob das eine Trendwende ist oder nur Auswirkungen von Corona + Ukraine-Krise. Jedenfalls können wir nicht unbedingt davon ausgehen, dass das stetige und starke Wachstum Potsdamer dauerhaft so weitergeht. Das wäre auch nicht schlimm. Das sehr schnelle Wachstum Potsdams muss so nicht fortgesetzt werden. Aber wir haben mit Krampnitz und Golm zwei große Entwicklungsgebiete: In Krampnitz bereits im Bau, in Golm bisher nur geplant. Bevor wir nun noch weitere große Entwicklung (wie in der Pirschheide) beginnen, sollten wir etwas sicherer sein, was die Gesamtentwicklung Potsdams angeht.

Prozessmonitor

Legende

Prozessbezeichnung

1. Prozessgegenstand
2. Prozessbeteiligte
3. Stand und nächste Schritte
4. Rolle der WerkStadt für Beteiligung
5. Status: ■ läuft ■ pausiert

1. Schlaatz 2030

1. Im Zuge der Fortsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ für den Stadtteil Schlaatz wird ein Konzept zur zukünftigen Partizipation der Einwohner:innen entwickelt (Drucksachennummer: 21/SVV/0066).
2. Zuständige Sachbearbeiter:innen im Geschäftsbereich 4 der Verwaltung, Wohnungsunternehmen in „Bündnis für den Schlaatz“, Träger vor Ort, Einwohner:innen, Planlabor (Kollektiv Stadtsucht), Stadtkontor
3. Nach mehreren Dialogrunden und der Juryentscheidung konnte der finale Masterplan im Jahr 2023 erstellt und öffentlich werden. Zusätzlich fanden im 3. und 4. Quartal des Jahres 2023 weitere Informationsangebote, Spaziergänge und Aktionen statt, um auf das Stadtentwicklungsvorhaben aufmerksam zu machen. Ein Container in zentraler Lage am Marktplatz betreut durch das Team vom Planlabor und dem Stadtkontor dient als Anlaufstelle für die Einwohner:innen. Im nächsten Schritt steht die Erstellung des Bebauungsplans an. In dem Container solle es die Möglichkeit geben Einwendungen für das formale Verfahren einzubringen. Parallel werden zusätzlich zum formellen Verfahren Hinweise, Frage und Anregungen der Einwohner:innen gesammelt, aufbereitet und zur Beantwortung in die Verwaltung gegeben. In einem weiteren nächsten Schritt soll sich eine Interessenvertretung für den Schlaatz konstituieren und das Stadtentwicklungsverfahren begleiten.
4. Die WerkStadt hat berät und begleitet die Vorhabenträger:innen und Akteur:innen bei dem Prozess Schlaatz 2030.
5. ■ Status: läuft


2. Stadtteilvertretung für EINE Waldstadt

1. Aufbauend auf die lokale Arbeit des zivilgesellschaftlichen Netzwerkes „Für EINE Waldstadt“ hat sich eine Konzeptgruppe gebildet, die zum Ziel gesetzt hat, eine gestaltende Idee für eine Stadtteilvertretung (STV) für Eine Waldstadt zu entwickeln. Damit an die erfolgreiche Etablierung einer Stadtteilkoordination für EINE Waldstadt aus 2021/22/23 angeknüpft.
2. Die Konzeptgruppe besteht aus Mitgliedern des o.g. Netzwerkes und besteht aus Gewerbetreibenden, Vertreter:innen von Trägern und Genossenschaften und Einwohner:innen sowie Vertreter:innen einer Initiative von Einwohner:innen („Bürger für Waldstadt“) vor Ort. Ebenso involvierte ist einerseits die Arbeitsgruppe Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit (3901) der LHP, da von hier die Stadtteilarbeit vor Ort gefördert wird und jüngst auch das Büro des Oberbürgermeisters, da hier ein für ganz Potsdam gedachtes Konzept zu STV entwickelt wird.
3. Die Konzeptgruppe tagt zum fünften Mal am 18.01.24 und wird ihren weiteren Arbeitsprozess in 2024 planen. Gleichzeitig hat das Büro des OBM aktuelle folgende Pressemitteilung veröffentlicht: <https://www.potsdam.de/de/14-verwaltung-legt-konzept-fuer-stadtteilvertretungen-vor> Insofern ist mit einer Diskussion des Konzeptes in der SVV im Laufe der kommenden Monate zu rechnen.
4. Die externe WerkStadt begleitet in moderativer Rolle die Arbeit der Konzeptgruppe und berichtet hierzu regelmäßig im PTD-Ausschuss. Gleichzeitig bemüht sich die WerkStadt darum, mit den involvierten Akteur:innen aus der Verwaltung zu diesem Thema in den Austausch zukommen, mit dem Ziel, diese Prozesse (Arbeit der Konzeptgruppe Waldstadt und Konzept des OBM) miteinander zu verbinden.
5. Status: läuft

3. Stadtteilvertretung Bornstedt

1. Anknüpfende an die Arbeit der „Interessenvertretung Bornstedter Feld“ soll nun für ganz Bornstedt eine Stadtteilvertretung (STV) entwickelt werden. Die fußt auf einem diesbezüglichen Beschluss der SVV sowie auf Interesse vor Ort. Um im Stadtteil einen konzeptionellen Prozess anzustoßen, organisierte die Stadtteilarbeit/die Stadtteilkoordination Bornstedt (mitMachen e.V.) bereits Ende 2023 am 28.12. eine diesbezügliche Stadtteilversammlung in Bornstedt. Hier wurde großes Interesse zur Mitarbeit von Seiten der anwesenden Zivilgesellschaft geäußert. Siehe/höre hierzu auch:
<https://www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/eine-stimme-fur-die-burger-bornstedt-soll-eine-stadtteilvertretung-bekommen-10854394.html>
und
<https://potsdam-bornstedt.de/podcast-zur-stadtteilvertretung-bornstedt/>
2. Involviert sind die Stadtteilkoordination Bornstedt, Vertreter:innen der sich auflösenden „Interessenvertretung Bornstedter Feld“ (z.B. Herr Finken, auch Stadtverordneter CDU) und auch die Arbeitsgruppe Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit (3901) der LHP, da von hier die Stadtteilarbeit vor Ort gefördert wird und jüngst auch das Büro des Oberbürgermeisters, da hier ein für ganz Potsdam gedachtes Konzept zu STV entwickelt wird.
3. Anschließend an die Stadtteilversammlung aus Dezember 2023 wird am 31.01.2024 ein erstes Treffen zur konzeptionellen Arbeit an der Stadtteilvertretung Bornstedt stattfinden. Hier wird der weitere Arbeitsprozess geplant.
4. Die externe WerkStadt begleitet in moderativer Rolle die Arbeit der Konzeptgruppe und berichtet hierzu regelmäßig im PTD-Ausschuss. Gleichzeitig bemüht sich die WerkStadt darum, mit den involvierten Akteur:innen aus der Verwaltung zu diesem Thema in den Austausch zukommen, mit dem Ziel, diese Prozesse (Arbeit der Konzeptgruppe Bornstedt und Konzept des OBM) miteinander zu verbinden.
5. Status: läuft

4. Strategiegruppe Rechenzentrum

1. Auf Initiative des Oberbürgermeisters soll für das Grundstück des durch die „Stiftung für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ geplanten Kirchenschiffes im Zuge eines 4 stufigen Prozesses gemeinsam mit der Stiftung und den Nutzer:innen des Rechenzentrums (inklusive des FÜR e.V.s) Konzepte für die inhaltliche Nutzung und dem folgend für mögliche Gestaltungen entwickelt werden. Hierzu ist in Phase 2 ein „Design Thinking“ Prozess angestoßen worden, der von der Hasso Plattner Institut -School of Design Thinking betreut wurde. Näheres findet sich im RIS unter der Vorlagennummer: 20/SVV/1386. Gegenwärtig wird Phase drei des Prozesses vorbereitet, wobei hierzu von Seiten des Büros des Oberbürgermeisters eine Machbarkeitsstudie für mögliche Architekturen vor Ort auf Basis der bisherigen Prozessergebnisse in Planung ist.
2. Beteiligt sind das Büro des Oberbürgermeisters, die Stiftung Garnisonkirche und die Nutzer:innen des Rechenzentrums.
3. Für die Nutzer:innen des Rechenzentrum in ihrer Vielfältigkeit ist die Teilnahme an diesem Prozess neben der Beteiligung an dem Prozess zur Ausgestaltung des neuen Kreativquartiers in der Nachbarschaft mit vielen Herausforderungen und großem zeitlichen Aufwand verbunden. Daher haben diese die WerkStadt um eine Beratung und Begleitung der Strategiegruppe gebeten. Hierzu finden nunmehr in 14 tägigen Abständen Treffen statt. Zudem wird nach Bedarf auch zwischenzeitlich in Coachings oder Supervisionen durch die WerkStadt für Beteiligung unterstützt.
4. Die WerkStadt für Beteiligung ist in beratender und begleitender Rolle eingebunden und moderiert regelmäßig die Strategiegruppe der Initiative.
5.  Status: läuft

5. WerkStadt-Bericht

1. Die WerkStadt für Beteiligung hat sich zur Aufgabe gemacht einen Bericht der zurückliegenden Jahre zu erstellen. Der Bericht hat das Ziel, Nichtfachpublikum Einblicke in die Arbeit der Einrichtung zu geben. Angestrebt wird die Publikation zum Mitte des Jahres 2023.
2. Mitarbeiter:innen der internen und externen WerkStadt für Beteiligung
3. Der Bericht wurde zu Beginn des Jahres 2024 veröffentlicht. Es gibt ihn digital, sowie als Broschüre. Er wird nun zu unterschiedlichen Anlässen vorgestellt zum Beispiel bei der letzten Sitzung am 9.01.2024 des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung.
4. Die WerkStadt ist in federführender Rolle für die Erstellung und Veröffentlichung des Berichts zuständig.
5. Status: *abgeschlossen*

6. Kulturpolitische Strategie

1. Die LHP gibt sich seit vielen Jahren Kulturpolitische Leitlinien, um die Gestaltung der Förderpolitiken im Bereich Kultur konzeptionell zu verankern. Dazu gehört ein Prozess, in dem die Leitlinien regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden. In dem nun angestoßenen Prozess geht es um die Neuausrichtung der kulturpolitischen Strategie inklusive der Entwicklung von korrespondierenden Leitlinien.
2. Fachbereich 24, Kultur und Museum (Projektkoordination und Begleitung des Forschungsprozesses), die Fachhochschule Potsdam Kulturarbeit (wissenschaftliche Projektleitung)
3. Der Prozess befindet sich in der Beteiligungsphase. Im Rahmen von AGs und Themenworkshops wird insbesondere kulturpolitischen Akteur:innen ermöglicht, an der kulturpolitischen Strategie mitzuwirken. Im Rahmen der Beteiligungsphase fanden u.a. Fokusgruppengespräche, ein Runder Tisch, eine Online-Befragung von Jugendlichen und Befragungen von Kulturaktiven via Mail statt. Die Ergebnisse werden durch das Projektteam und die Mitwirkung der Strategiegruppe im weiteren Prozess fachlich analysiert und in die Kulturpolitischen Strategien und Maßnahmen übertragen. Durch den Weggang der Beigeordneten Aubel wurde das Verfahren pausiert. Es wird nun mit Herrn


Hafezi wieder aufgenommen. Ein erster Entwurf der Strategie (Teil A Grundlagen und Handlungsfelder) wurde der Strategieguppe vorgestellt. Im Jahr 2024 soll die Strategie in die SVV eingebracht werden.

4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich 24 und den Kooperationspartner der FHP insbesondere bei der Planung und Durchführung in beteiligungsrelevanten Kontexten im Gesamtprozess (Bsp. Leistungsbeschreibung für Planung und Steuerung Gesamtprozess; Moderation etc.) Zudem nimmt die WfB an regelmäßigen Treffen der eingerichteten Strategieguppe beratend teil.
5. ■ Status: pausiert

7. Wohnungspolitisches Konzept

1. Das Wohnungspolitische Konzept soll fortschrieben werden. Bei der Erarbeitung der Inhalte sollen organisierte Gruppen und Einwohner:innen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Neben verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen sollen in mehreren Dialogforen die Ergebnisse und Ideen diskutiert werden, damit sie Eingang in die Konzeptarbeit finden. Für die Durchführung dieser Aufgaben wurde ein externer Dienstleister verpflichtet.
2. Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration, Stadtentwicklung
3. Die Abstimmung und Prozessplanung mit dem Auftragnehmer und dem beteiligten Fachbereich ist abgeschlossen und ein Dialogforum wurde durchgeführt, sowie die Ergebnisse ausgewertet. Es wird eine Abschluss-(Info)veranstaltung am 25.1.2024 von 18.30 bis 20.30 Uhr im Potsdam Museum stattfinden. Im Jahr 2024 soll das Konzept in die SVV eingebracht werden.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich bei der Planung und Umsetzung der Beteiligung.
5. ■ Status: läuft

8. Stadtteilnetzwerk Potsdam West

1. Das Stadtteilnetzwerk Potsdam West leistet seit Jahren wertvolle Nachbarschaftsarbeit. Die Planungen zur Sanierung des „Lottenhof“ stellen das Netzwerk vor neue Herausforderungen und Aufgaben im Hinblick auf die Beteiligung der Nachbar:innen aber auch der eigenen Möglichkeiten auf die Sanierung von Seiten der LHP einzuwirken. Das Stadtteilnetzwerk erörtert die relevanten Fragen, die sich inhaltlich, organisatorisch und strukturell daraus ergeben.
2. Involviert sind die Vorstandsmitglieder, Hauptamtliche und Ehrenamtler:innen im Stadtteilnetzwerk Potsdam West e.V.
3. Mit Begleitung der WerkStadt für Beteiligung wurde mehrere Klausuren durchgeführt in der die aktuellen Herausforderungen erörtert wurden. Für 2024 ist die Fortsetzung des Klausurprozesses geplant.
4. Die WerkStadt für Beteiligung begleitet und berät das Stadtteilnetzwerk in ihrem Strukturierungsprozess und moderiert die Klausuren.
5.  Status: läuft